



REDE DER BUNDESTAGSKANDIDATIN LINA SEITZL

Mitgliederversammlung der SPD im Kreis Konstanz, Donnerstag, 3. Dezember 2020.

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

ich freue mich sehr, dass Ihr den Weg hierher ins Konstanzer Konzil gefunden habt. Das ist – gerade in diesen Zeiten – keineswegs selbstverständlich.

Viele Menschen – ich auch – fragen sich: Ist es klug, heute Abend eine Nominierungsversammlung abzuhalten? Die Zahl der Infektionen mit dem Corona-Virus sind zuletzt in für uns ungekannte Höhen gestiegen. Die gerade verschärften Maßnahmen um die Ansteckungen unter Kontrolle zu halten verlangen uns allen viel ab, gerade in der dunklen Jahreszeit.

Ich freue mich daher, dass diese Versammlung auch per Video übertragen wird. Herzlichen Dank hierfür an den SPD-Kreisvorstand, der das möglich gemacht hat, und hallo an die Zuhörerinnen und Zuhörer im heimischen Wohnzimmer.

Und dennoch bleibt die Frage: Müssen wir als demokratische politische Partei nicht mit gutem Beispiel vorangehen und auf unnötige Treffen und Versammlungen verzichten? Das ist ein berechtigter Einwand. Aber ich bin überzeugt, dass es richtig ist, die Versammlung jetzt abzuhalten. Freie Wahlen zum Bundestag oder zum Landtag sind ein Kernelement der Demokratie. Und zur Vorbereitung von Wahlen gehört eben auch die Aufstellung von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern nach demokratischen Regeln. Und genau deswegen sind wir heute hier.

Wir erleben gerade ziemlich gut, dass unsere Demokratie krisensicher ist. Auch unter den schwierigen Bedingungen eines kaum kalkulierbaren Krankheitsrisikos für weite Teile der Bevölkerung werden schnelle Entscheidungen getroffen. Ob alle Maßnahmen zum Gesundheitsschutz wirksam, durchdacht und letztlich verhältnismäßig sind, wird offen – und



durchaus kontrovers – diskutiert. Es gibt keine einsamen Entscheidungen kleiner Machtzirkel, die Beschlüsse werden in Parlamenten diskutiert. Sie sind demokratisch legitimiert. Wir leben in keiner Corona-Diktatur.

Auch in der Krise muss ein demokratischer Staat seine Grundsätze verteidigen und nach ihnen handeln. Die jüngst durchgeführten Oberbürgermeisterwahlen haben gezeigt, dass unter Beachtung des Gesundheitsschutzes ordnungsgemäße Wahlen möglich sind. Auch wir als Partei beachten diese Grundsätze in unserer Arbeit und selbstverständlich in den kommenden Wahlkämpfen.

Mit zahlreichen Verboten versuchen Bund und Länder, die weitere Verbreitung des Corona-Virus und damit die Entstehung einer unkontrollierbaren Seuche zu verhindern. Die Einschränkungen waren und sind gravierend: Persönlich, wirtschaftlich und sozial. Wenn Kindertagesstätten und Schulen geschlossen sind, können Eltern nur eingeschränkt ihrem Beruf nachgehen. Hotels, Restaurants, Bars sind geschlossen. Eine ganze Branche ist in ihrer Existenz bedroht. Ein kulturelles Leben findet gerade nur noch eingeschränkt statt. Kurzarbeit bedeutet für viele Menschen schmerzhaft finanzielle Einbußen.

Ja, Corona hat uns fest im Griff. Aber - trotz aller Belastungen - können wir sagen. Noch kommt Deutschland gut durch die Krise.

Warum ist das so? Ich glaube, der Politik ist bewusst, wie groß die wirtschaftlichen Folgen eines lock-downs sein werden. Deshalb gibt es umfangreiche und in der Summe sehr teure Maßnahmen, die mithelfen sollen, dass der Gesundheitskrise keine Wirtschaftskrise folgt. Das bewährte Instrument des Kurzarbeitergelds wurde ausgeweitet. Die Finanzpolitik reagiert, indem sie das Dogma der schwarzen Null aufgibt. Die Sozialpolitik passt ihre Leistungen an die Herausforderungen dieser Tage an. Wir helfen auch Berufsgruppen wie Solo-Selbständigen, die zuvor durch jedes Raster gefallen sind.

Diese Maßnahmen haben eines gemeinsam. Sie wurden von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entwickelt. Es sind sozialdemokratische Ministerinnen und Minister, die sie umsetzen. Es ist sozialdemokratische Politik, die wirkt. Unsere Regierungsmitglieder machen derzeit täglich deutlich: Auf uns, auf die SPD, könnt Ihr Euch verlassen.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in seiner Adventsbotschaft am Wochenende gesagt: „Die Pandemie wird uns die Zukunft nicht nehmen.“ Steinmeier möchte damit eine Botschaft der Hoffnung aussenden. Trotz dieses lebensgefährlichen Virus, trotz der harten Einschränkungen für uns alle – wir als Gesellschaft halten zusammen. Wir zeigen uns solidarisch in dem wir Abstand nehmen und Maske tragen. Indem wir einkaufen gehen für unsere Nachbarn, Eltern oder Großeltern, die zu den Risikogruppen gehören. Indem wir uns gegenseitig bestärken, dass wir das Richtige tun, wenn wir unsere Kontakte einschränken. Wir tun das Richtige, und das sollten wir uns von ein paar wenigen Verquerdenkern und Verquerdenkerinnen nicht ausreden lassen.

Die Aussage des Bundespräsidenten hat aber noch eine zweite und - wie ich meine- wichtigere Dimension. Wenn die Pandemie uns die Zukunft nicht nimmt, dann müssen wir JETZT darüber nachdenken, wie diese Zukunft aussehen soll.

Genau deswegen stehe ich heute vor Euch! Ich bin 31 Jahre alt und damit jünger als viele hier im Saal. Ich stehe hier und bewerbe mich als Eure Kandidatin für den Bundestag, weil ich die Zukunft gestalten will.

Ich will für Veränderungen werben, denn nur so können wir künftige Herausforderungen meistern. Und ich will Probleme anpacken, die wir viel zulange schon vor uns herschieben.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind stolz auf unsere Geschichte und auf unsere politischen Leistungen. Das können wir auch sein. Ohne uns sähe dieses Land anders aus. Wir müssen aber auch ehrlich zu uns selbst sein: Unsere Leistungen werden anerkannt und trotzdem trauen uns im Moment zu wenige Menschen zu, dass ausgerechnet wir den richtigen Weg in die Zukunft weisen könnten.

Am drastischsten hat das der Soziologe Ralf Dahrendorf zum Ausdruck gebracht, der ja als Professor und einer der Gründerväter der Universität Konstanz eine enge Beziehung in unsere Region hatte. Ralf Dahrendorf sprach vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts. Das ist bereits 40 Jahre her, doch sein Gedanke begegnet uns immer wieder, wenn wir für unsere politischen Erfolge und Leistungen gelobt werden. Das war gut, aber jetzt brauchen wir Euch nicht mehr, heißt es. Und die aktuellen Umfragen scheinen dieser Auffassung auf den ersten Blick sogar Recht zu geben.



Ich bin jedoch überzeugt: Wir sind nicht am Ende der Geschichte angelangt.

Die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit brauchen Antworten, unsere sozialdemokratischen Antworten.

Wer die Zukunft gestalten will, muss diese Antworten finden: Wie arbeiten wir morgen? Können alle von ihrer Arbeit leben?

Denn unsere Arbeitswelt wandelt sich, jeden Tag ein bisschen mehr. Während manche Menschen durch die immer stärkere Vernetzung zwischen Ländern, Kontinenten und der digitalen Welt mehr Freiheiten genießen, müssen andere befürchten, in dieser neuen Welt nicht mehr gebraucht zu werden. Es ist doch so: Der wohlhabende Teil unserer Bevölkerung ist in den letzten Jahren immer reicher geworden. Gleichzeitig arbeiten immer mehr Menschen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen mit all den negativen Folgen für Jobsicherheit, Entlohnung, Aufstiegsmöglichkeiten und Selbstbestimmung.

Trotz aller Erfolge und hoher Sozialausgaben: Unsere bewährten Instrumente des Sozialstaats helfen zu oft nur unzureichend, manchmal auch gar nicht.

Ein moderner Sozialstaat muss zu allererst gute Arbeitsbedingungen sichern und möglich machen. Mit der Forderung, dass alle von ihrer Arbeit leben können müssen, dürfen wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zu zufrieden geben. Ja: Wir können stolz auf den Mindestlohn sein, den wir durchgesetzt haben. Natürlich muss der höher sein als heute. Aber, es ist doch so: niemand will zum Mindestlohn arbeiten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen durch ihre Arbeit Werte. Sie haben deshalb ein gutes Recht auf einen angemessenen, fairen Anteil an diesen Werten; ein Recht auf gute, leistungsgerechte Bezahlung. Wir brauchen also mehr Tarifbindung, ausbeuterische Rechtskonstruktionen wie den Missbrauch der Werkverträge müssen wir früher erkennen und entschlossener bekämpfen.

Viele Solo-Selbständige leben und arbeiten in prekären Verhältnissen und mit nur wenig Sicherheit im Fall von Krankheit, Einnahmeeinbrüchen oder Alter. Soziale Sicherheit ist für diese Menschen ein Fremdwort. Manch eine gut gemeinte Regulierung macht ihnen Leben und Arbeiten noch schwerer als es sein müsste. Auch die Probleme, in die viele Alleinerziehende, vor



allem Frauen, kommen, zeigen: Unser Sozialstaat muss agiler werden. Wir müssen schneller auf neue Problemlagen reagieren und Antworten finden.

Soziale Sicherheit ist wichtig in einer Zeit des ständigen technischen Wandels. Die Veränderungen in der Arbeitswelt sind so alt wie die Arbeit selbst. Deshalb geht es nicht darum, den technischen Wandel aufzuhalten, sondern ihn so zu gestalten, dass er für alle Menschen Sicherheit garantiert. Dafür braucht es ein lebenslanges Recht auf Ausbildung und Qualifizierung und eine entsprechende finanzielle Unterstützung. Technischer Wandel bietet neue Chancen, wenn Arbeitszeiten und Arbeitsorte von den Beschäftigten flexibler gewählt werden können. Das kann mehr Freiheit und Selbstbestimmung bei der Arbeit bedeuten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es gibt nur eine Partei, die sich um die Interessen der arbeitenden Menschen in unserem Land kümmert. Das sind wir. Und das muss stets in unserem politischen Handeln sicht- und spürbar sein. Und genau deshalb ist die Zukunft der Arbeit eines unserer wichtigsten Themen.

Wer Zukunft gestalten will, muss heute investieren. Dazu brauchen wir einen starken, einen handlungsfähigen Staat auf allen Ebenen: Bund, Länder und Gemeinden. Doch viele Jahre lang hat unser Gemeinwesen zu wenig an die Zukunft gedacht.

Wir investieren zu wenig in Bildung: Für ein hochentwickeltes Industrieland sind unsere gesamten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung und Bildung zu gering. Das wird sich eines Tages rächen.

Wie kann man von Zukunft reden, wenn wir Kindertagesstätten und Schulen vernachlässigen und verkommen lassen?

Wie kann man von Zukunft reden, wenn das Wissen der Hochschulen zu selten zu neuen Technologien, Verfahren und Produkten wird?

Wie kann man von Zukunft reden, wenn Fachkräftemangel viele Betriebe daran hindert, Aufträge anzunehmen?



Ich habe als erstes Kind aus meiner Familie die Chance erhalten, zu studieren. Ich bin meinen Eltern sehr dankbar, dass sie mir diesen Weg bis zur Promotion ermöglicht haben. Erst an der Universität, ich habe Politik- und Verwaltungswissenschaften in Konstanz studiert, habe ich festgestellt: Als Kind aus einem Nicht-Akademikerhaushalt bin ich an der Hochschule eine Ausnahme. Wusstet ihr, dass nur etwa ein Viertel der Kinder aus Familien ohne Hochschulabschluss an die Universität oder FH gehen im Vergleich zu fast 80% derjenigen, deren Eltern bereits einen Hochschulabschluss haben?

Es ist unfassbar, aber Herkunft bestimmt immer noch maßgeblich die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen. Welch eine Verschwendung von Potentialen! Chancengleichheit ist nicht nur eine Frage von Gerechtigkeit, es geht um nichts weniger als die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft

Wir investieren auch zu wenig in unsere Verkehrswege und Netze.

Lange bevor ich 1989 geboren wurde, hat die Planung des Ausbaus der Rheintalbahn oder der B33 begonnen. Beide Projekte brauchen noch Jahre oder gar Jahrzehnte, bis sie fertig werden. Bei anderen Projekten wie der Bahnlinie nach Stuttgart haben wir noch nicht einmal einen Plan. Ähnlich die Lage beim Ausbau des schnellen Internets: Wir haben viele Resolutionen und noch mehr Förderprogramme, aber keinen Plan.

Für wirkungsvolle Investitionen in die Zukunft müssen wir also unseren Staat handlungsfähiger, agiler, moderner machen.

Denn nur wenn wir schnell und entschlossen handeln, können wir einer der größten Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich begegnen: dem Klimawandel.

Viele meinen, die Klimapolitik der Bundesregierung sei halbherzig und wirkungslos. Ich bin ebenfalls nicht zufrieden. Denn zu viele der beschlossenen Maßnahmen werden das Klima nicht retten, dafür aber die Lebensqualität vieler Menschen beeinträchtigen. So werden die Heizkosten für Mieter wegen der CO₂-Abgabe steigen. Beeinflussen können sie die Abgabe nicht. Manche Vorschläge laufen auf eine radikale Deindustrialisierung Deutschlands hinaus. Das bringt Arbeitsplätze in Gefahr. Wenn Klimaschutz als Verzichts- und



Verarmungsprogramm wahrgenommen wird, wird er scheitern. Nicht nur in Deutschland, überall. Das können wir uns nicht leisten.

Wir müssen viel investieren, um unseren riesigen Appetit auf Energie zu zügeln und Energie nachhaltig und sauber zu erzeugen. Wir brauchen Investitionen in einen umweltfreundlichen Verkehrssektor, der weniger Energie und Fläche benötigt. Viele der notwendigen Techniken sind bereits vorhanden. Nötig ist der Wille, sie anzuwenden. Nötig ist Unterstützung, sie zur Marktreife zu bringen. Nötig sind Investitionen, um aus Ideen bezahlbare Technik entstehen zu lassen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Unser Land steht vor einer Zeitenwende. Es ist eine Personalentscheidung, die das deutlich macht. Zum ersten Mal seit über 70 Jahren steht bereits vor der Wahl fest: Eine andere Frau, ein anderer Mann wird an der Spitze der Regierung stehen und damit das wichtigste Gesicht der deutschen Demokratie sein.

Doch in der Politik geht es weit mehr als nur um Personen. In den nächsten vier Jahren werden wahrscheinlich Entscheidungen getroffen, die die Entwicklung unseres Landes auf Jahrzehnte hinaus prägen werden. Über einige dieser Zukunftsthemen habe ich heute gesprochen. Ich will nicht nur darüber reden, ich will Verantwortung übernehmen und mitgestalten.

Ich bin 31 Jahre alt, verheiratet und arbeite als Politikwissenschaftlerin an der Universität St. Gallen in einem Forschungsprojekt zur Zukunftsfähigkeit von Bildungssystemen. Geboren bin ich in Lörrach, aufgewachsen bin ich am Oberrhein in der Ortenau und seit über 11 Jahren lebe ich in Konstanz. Hier bei uns an der Grenze wird der europäische Zusammenhalt nicht nur gepredigt, sondern gelebt. Wir wissen um den Wert einer freien und offenen Gesellschaft, weil unsere Regionen geschlossene Grenzen und die verheerenden Folgen des fanatischen Nationalismus gut kennen. Deshalb setze ich mich für eine starke und selbstbewusste Europäische Union ein. Und ich erteile all denjenigen eine Absage, die unsere freie, demokratische und offene Gesellschaft in Frage stellen.

Zukunft entwickeln, heißt für mich: Langfristig denken. Es bedeutet aber auch: Wir müssen heute bereit sein, den ersten Schritt zu gehen, sei er auch noch so klein. Wer aber kleine



Schritte geht, darf sein Ziel nicht aus dem Auge verlieren. Wer andere auf dem Weg mitnehmen will, muss sie vom Ziel begeistern und von der Richtung des Wegs überzeugen.

Das will ich mit Euch zusammen tun. Lasst uns gemeinsam für eine bessere Zukunft streiten:
Für unsere Familien und Freunde, für unsere Dörfer und Städte, für unser Land!

Dafür bitte ich um Eure Unterstützung.

Vielen Dank!